Zusammenfassung der AG Ergebnisse:

B. Gute Arbeit im Schul-Catering

Input Sebastian Riesner (Gewerkschaftssekretär NGG Berlin-Brandenburg)

Die AG „Gute Arbeit im Schulcatering“ musste aufgrund einer kurzfristigen Absage des Referenten des Verbands der Brandenburger Schul-Caterer umdisponieren, konnte aber trotzdem eine konstruktive Debatte darüber führen, wie die Arbeitsbedingungen in der Branche sind und wie „Gute Arbeit“ bei der Herstellung des Essens hier vor Ort aber auch bei den Produzent*innen der Lebensmittel im globalen Süden zukünftig über die Vergabe Öffentlicher Aufträge effektiver gefördert werden könnten.

In seiner Präsentation machte NGG-Geschäftsführer der Region Berlin Brandenburg Sebastian Riesner deutlich, dass die Arbeit im Schulcatering gekennzeichnet ist von prekären Beschäftigungsverhältnissen: Teilzeitarbeit, niedrigen Löhnen und einer hohen Fluktuation der Beschäftigten ist dort an der Tagesordnung. Im Cateringbereich gibt es keine Tarifbindung und eine nur sehr schwach ausgeprägte gewerkschaftliche Organisation der Beschäftigten. Gleichzeitig ist es für die Unternehmen eine Herausforderung in Zeiten guter Konjunktur noch ausreichend fähige und motivierte Mitarbeiter*innen zu bekommen und zu halten.

In der Diskussion mit den Teilnehmer*innen wurde deutlich, dass in der öffentliche Beschaffung zunehmend darauf geachtet wird, dass bei der Schulverpflegung ein Mindestanteil an ökologisch produzierten Lebensmitteln gefordert werden genauso wie die Standards der DEG an eine gute und gesunde Ernährung eingehalten werden sollen, aber die Arbeitsbedingungen mit Ausnahme der Zahlung des Mindestlohns bisher keine ausreichende Beachtung in der öffentliche Vergabe finden.

So werden weder Tariflöhne noch die verbindliche Einhaltung von Arbeits- und Menschenrechten beim Anbau von z.B. Bananen oder Reis gefordert. Hier – so waren sich alle einig – muss das Vergaberecht in Berlin verbessert werden und vor allem ein Dialog zwischen Verwaltung, Politik, Gewerkschaften, Unternehmen und NROen auf den Weg gebracht werden, um darüber zu beraten wie die Kriterien umgesetzt werden können und wie sich das auf die Preisgestaltung auswirkt. Da der nächste große, dreijährige Rahmenvertrag zur Belieferung der Berliner Schulen im Jahr 2020 ansteht, besteht hier dringender Handlungsbedarf.